

Forum demokratischer Sozialismus Hessen

Überlegungen zur Kommunalpolitik

Beschlossen am 11. April 2010

Im März 2011 werden in Hessen wieder Kommunalwahlen stattfinden auf die sich die LINKE gegenwärtig politisch und organisatorisch vorbereitet. Der folgende Text soll in diesem Prozess ein Beitrag für die Debatte sein, wie die LINKE diese Kommunalwahl politisch erfolgreich gestalten will.

Stadt und Land: in der Kommunalpolitik nicht identisch

Die akademisch gebildete und großstädtisch orientierte Linke in Deutschland tut sich mit einer adäquaten Einordnung von Kommunalpolitik sehr schwer und das nicht erst seit heute.

Dazu kommt: für die politische Strategie, dass es gravierende Unterschiede zwischen den großstädtischen Metropolen und den ländlichen Regionen zu berücksichtigen gilt. Globalisierung, Telekommunikation und TV mögen den Unterschied zwischen Stadt und Land eingeebnet haben, aber Traditionen, Machtgefüge und gesellschaftspolitische Kulturen sind in den ländlichen Gebieten anders als in den Metropolen. Auch die politischen Problemlagen stellen sich anders dar. Die Aufgaben, die eine Stadt wie Frankfurt auf sich alleine vereint, teilen sich in einer Region wie dem Vogelsberg zwischen Gemeinden, Städten und Landkreis auf, manche Dinge, wie Nahverkehr, Regionalentwicklungspolitik oder gesundheitliche Versorgung sind fast nur auf der Ebene der ganzen Region mehrerer Landkreise lösbar.

Politisches Engagement auf kommunaler Ebene ist kein Anhängsel und kein Transmissionsriemen der großen Bundespolitik und der dort zur Diskussion und Entscheidung anstehenden großen gesellschaftlichen Fragen, sondern ein ganz eigenes Terrain mit eigenen Verkehrsformen. Bei Fragen „wie hältst du es mit den Dorfgemeinschaftshäusern oder der Förderung der freiwilligen Feuerwehren oder der Stadtbücherei, der Musikschule und dem Schwimmbad wird nicht per se Links und Rechts, Fortschritt und Rückschrittliches deutlich. Auf Umwegen und erklärungsbedürftig wird erst deutlich, wie sich machiavellistische Politik der Lokalfürsten von fortschrittlicher Kommunalpolitik unterscheidet. Während in den großen Städten Politik und Parteiprofile bedeutsam sein mögen, herrschen in den Landkreisen und Gemeinden noch oft Landräte und Bürgermeister nach Gutsherrenart; dabei unterscheiden sich CDU und SPD selten.

Kommunalpolitik findet ganz nah bei den Menschen statt, die Akteure und ihr Wirken sind bekannt, alle ihre Entscheidungen werden hautnah erfahrbar. Das heißt aber auch: je kleiner die Gemeinde, desto lächerlicher muten manche Lagerschlachten zwischen politischen Parteien an, die da zeitweilig den Publikum dargeboten werden. Vor diesem Hintergrund gewinnen parteiunabhängige oder nichteinheimische Bürgermeister-Bewerber in den Gemeinden zunehmend die Wahlen.

Aber auch die „große Politik“ wird letztlich kommunal exekutiert, das ist bei Hartz IV und der gesamten Sozialgesetzgebung so, das betrifft aber auch die negativen Folgen der Gesundheitspolitik und in großem Rahmen die finanzielle Abwälzung der Wirtschaftskrise in die Kommunen hinein)und

dann treten die kommunalen Verwaltungen den Menschen feindlich gegenüber, zum Teil auch die gewählten Vertreter, die sogenannten Sachzwängen folgend Sozialabbau, Gebührenerhöhungen und Privatisierung rechtfertigen.

So scheiden sich die politischen Geister in der Kommune letztlich an den Fragen der demokratischen Rechte der Bürger (Transparenz und wie viel Bürgerbeteiligung praktiziert werden soll), ob die Kommune ein soziales und kulturelles Gemeinwesen für seine Bürger sei oder ein Wirtschaftsunternehmen, das sich seine Bürger nach Kennzahlen wirtschaftlich unterordnet und nicht zuletzt, ob die Kommune ihre Aufgaben optimal selbst organisiert oder in die Privatisierungsfalle manövriert wird.

Manche linken Aktivisten mag die Nähe zu den Menschen in der Kommunalpolitik befremden, weil da immer die praktische Nagelprobe droht. Verbaler Radikalismus löst sich umgehend in Rauch auf – praktische Politik, die Antworten findet für die brennenden Probleme heißt das zwingende Gebot: Für die Linke, die sich in die Kommunalpolitik begibt heißt das: nur ein radikaldemokratisches, soziales und praktisches Konzept kann die Basis linker Kommunalpolitik sein, das sich nicht in das Korsett von vermeintlichen Sachzwängen pressen lässt und auch nicht auf bessere Zeiten jenseits des Kapitalismus vertröstet.

Mehr Licht ins Rathaus – Demokratie ist der Schlüssel fortschrittlicher Kommunalpolitik

Fortschrittliche Kommunalpolitik muss erkennbar allen Bürgern nutzen. Die Verwaltungen müssen transparenter werden, die Möglichkeiten der Bürger, sich zu beteiligen und über die Beteiligung hinaus zu entscheiden kann man schon jetzt praktisch mehr ausschöpfen. So gibt es beispielsweise in der Geschäftsordnung des Vogelsberger Kreistages den Passus, dass jährlich zu wichtigen Fragen eine Kreisbürgerversammlung stattfinden soll. Seit Bestehen des Vogelsbergkreises hatte es aber eine solche Versammlung nicht gegeben, bis die LINKE eine zum wichtigen Thema der gesundheitlichen Versorgung beantragte und eine Mehrheit für den Antrag im Kreistag erhielt. Das Instrument ist jetzt quasi eingeführt und kann politisch weiterentwickelt werden, bis es zum guten Ton gehört, dass im Vogelsberg mindestens einmal jährlich eine Kreisbürgerversammlung stattfindet.

Es gibt unzählige Beispiele dafür, dass kommunale Gremien gegen die Interessen der Bürger über Energieverträge, Schwimmbäder, Autobahne, Wasser- und Abfallentsorgung entscheiden. Nicht selten organisieren sich die Bürgerinnen und Bürger gegen solche Fehlentwicklungen.

Solche Beispiele machen deutlich, wie wichtig die demokratische Kontrolle der öffentlich zu organisierenden Leistungen ist. Allein die Auslagerung solcher Aufgaben in kommunale GmbHs oder AGs entzieht sie der wirklichen Kontrolle der Bürger. Aber auch die Organisation der Zweckverbände macht so manche Kontrolle problematisch, obwohl dort Kreistage und Gemeinden ihre Vertreter hin entsenden.

Die Kehrseite des bürgerschaftlichen Engagements ist das wachsende Misstrauen gegen Politiker und die Kehrseite der berechtigten Verärgerung ist die allgemeine Enttäuschung von der Politik. In beiden Fällen darf eine fortschrittliche Kommunalpolitik nicht den großen Vereinfacher machen und noch Öl ins Feuer gießen, denn die Misstrauischen und Enttäuschten sind nicht automatisch die Wähler der LINKEN und schon gar nicht von selbst ihre Anhänger.

Bürokratischen Moloch bekämpfen

Vor dem Hintergrund der finanziellen Nöte der Kommunen entpuppen sich die Kommunalaufsichten und RPs als bürokratischer Moloch, der mit den aberwitzigsten Auflagen den Kommunen im Nacken sitzt. Hier muss mit den Bürgern ein Weg gefunden werden, diesem bürokratischen Zangengriff zu begegnen. Die anachronistische Unterscheidung zwischen den sogenannten Pflichtaufgaben einer Kommune und den freiwilligen Leistungen, die den Streichorgien anheimfallen sollen, muss aufgebrochen werden, denn es sind fast durchgängig die freiwilligen Leistungen, (Stadtbücherei, Schwimmbad, Jugendräume, Unterstützung sozialer Vereine...) die für Lebensqualität in den Gemeinden sorgen.

Die politische Kultur einer Kommune pflegen

Es gibt ein breites Betätigungsfeld in einer Kommune und fortschrittliche Kommunalpolitik muss oftmals Initialaufgaben übernehmen, Die folgenden Beispiele bilden nur einen ersten Eindruck möglicher Felder:

Auf dem Feld der eigenen Energieversorgung mit erneuerbaren Energien, der Energieeinsparung und dem Klimaschutz geht es gleich um einen ganzen Strauß von Aspekten, die politisch-kulturell für das Selbstwertgefühl der Bürger wichtig sind: Man erzeugt seine Energie unabhängig von großen Konzernen selbst, schafft Geld in die Kommune und kontrolliert die Sache demokratisch.

Fast überall klemmt es an öffentlichen Angeboten und Entfaltungsmöglichkeiten für Jugendliche in den Kommunen. Oftmals sind es kirchliche Einrichtungen, die da einspringen. Fortschrittliche Kommunalpolitik hat hier vor allem die Aufgabe, Jugendlichen die geeigneten Foren zu eröffnen, damit sie ihre eigenen Angelegenheiten auch selber organisieren können und an kommunalen Entscheidungsprozessen adäquat beteiligt werden können.

Während alle Aktivitäten zum Sozialgesetzbuch außerhalb der Großstädte Sache der Landkreise sind und man dort auch mit der Kritik und den Alternativen ansetzen muss, sind alle Kommunen auch öffentliche Arbeitgeber, haben ein Beschaffungswesen und vergeben öffentliche Aufträge. Hier ergeben sich viele Aufgaben, der Tarifflicht der Kommunen als Arbeitgeber entgegen zu treten, aber auch alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um soziale und ökologische Aspekte bei Beschaffung und Ausschreibung zu berücksichtigen.

Die Finanzkrise, der kommunale Finanzkollaps und das große Heulen

Alle Bürgermeister und quer durch die großen Parteien beklagen, dass sie finanziell durch Bund und Länder völlig ausgeblutet werden. In dieses vielstimmige Wehklagen sollten wir nicht einstimmen. Solange die kommunalen Würdenträger nicht über geeignete Gegenwehr sprechen, geben sie nur das Abbild eines Papiertigers ab. Fortschrittliche Kommunalpolitik muss Strategien entwickeln, sich auf Bundes- und Landesebene Gewicht zu verschaffen, damit man die Kommunen nicht länger am Nasenring durch die Arena führen kann.